

**Ansprache des Parlamentspräsidenten Karl-Heinz Lambertz
anlässlich der Plenarsitzung des Parlamentes während der Coronavirus-Krise**

(Eupen, den 06. April 2020)

Unsere heutige Sitzung findet zu einem außergewöhnlichen Anlass und unter außergewöhnlichen Umständen statt. Der COVID-19-Virus und die von seiner Ausbreitung ausgehenden Gefahren haben unser Alltagsleben in kürzester Zeit grundlegend verändert - auch in Ostbelgien.

Wer hätte sich die heutige Situation zu Beginn dieses Jahres überhaupt vorstellen können oder wollen?

„Die Corona-Krise hält die Welt in Atem. Das Leben verändert sich in rasender Geschwindigkeit. Alte Gewissheiten werden über Bord geworfen, gewohnte und selbstverständliche Grundregeln außer Kraft gesetzt, für die Nachkriegsgenerationen unvorstellbare Restriktionen von den staatlichen Exekutiven beschlossen.“

Dieses Zitat stammt aus einem Kommentar von Joris Steg, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Soziologie der Politik der Universität Wuppertal arbeitet. In seinem Artikel führt er fort:

„Da bei Krisenausbruch keineswegs feststeht, welche konkreten Folgen und Konsequenzen eine Krise haben wird und wie genau in Krisen zu handeln ist, produzieren Krisen systematisch ein beklemmendes Gefühl der Unklarheit, Unsicherheit und Ungewissheit. In einer allgemein gefassten Definition können Krisen als sich zuspitzende Entscheidungsphasen mit einem prinzipiell offenen Ausgang definiert werden. [...] Jede Krise verlangt aufgrund ihrer spezifischen Konfiguration, des jeweiligen Entscheidungsbedarfs und des Handlungsdrucks ganz besondere Maßnahmen zur Krisenabwehr oder Krisenbewältigung, wobei es sehr darauf ankommt, ob die Maßnahmen schon antizipativ zur Krisenvermeidung, ob noch präventiv zur Verhinderung einer akuten Krise, oder - wie jetzt in der Corona-Krise - erst repulsiv zur Bewältigung einer eingetretenen akuten Krise getroffen werden.“

Dieses Zitat bringt den Inhalt unserer heutigen Beratungen meines Erachtens genau auf den Punkt.

Im Rahmen unserer Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten als Parlament und Regierung der DG sind wir gefordert, unseren Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten: kurz-, mittel- und langfristig.

Diesen Beitrag leisten wir mit denen, die vor Ort unter schwierigen Bedingungen handeln und dort Hervorragendes leisten:

- im Gesundheits-, Altenpflege- und Behindertenwesen;
- beim Gewährleisten der öffentlichen Ordnung;
- in den öffentlichen Diensten, Behörden, Betrieben und gemeinnützigen Einrichtungen;
- beim Aufrechterhalten der Versorgungsketten;
- in den Schulen und bei der Kleinkindbetreuung;
- als Nachbarschaftshilfe in unzähligen Initiativen mit freiwilligen Helfern;
- in ihren vier Wänden, wo gemeinsam mit ihren Familien ungewohnte Lebensbedingungen gemeistert werden müssen.

Wir leisten diesen Beitrag gemeinsam mit denen, die alles in Bewegung setzen, um zu verhindern, dass all das zusammenbricht, was wegen der Corona-Krise abgesagt oder verschoben werden muss und an wirtschaftlicher Tätigkeit über einen gewissen Zeitraum hinweg nicht stattfinden kann.

Wir leisten diesen Beitrag auch gemeinsam mit denen, die Spendengelder für Direktmaßnahmen und Solidaritätsaktionen organisieren, für die die König-Baudouin-Stiftung übrigens einen interessanten logistischen Rahmen anbietet.

Und schließlich gemeinsam mit denen, die darüber nachdenken und daran arbeiten, damit und wie es nach der Krise weitergehen soll.

Dieses vielfältige Engagement unzähliger Bürgerinnen und Bürger verdient uneingeschränkt Anerkennung und Dank, aber auch großzügige Unterstützung.

Als Parlament sind wir auf ganz besondere Art gefordert:

- Wir müssen den gesetzlichen Rahmen für wirkungsvolles Handeln schaffen;
- Wir müssen unsere Kontrollfunktion über die Regierung ausüben, was gerade in Krisenzeiten besonders wichtig ist;
- Und wir müssen bereits jetzt über Konsequenzen der Krise für die mittel- und langfristige Zukunftstüchtigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft nachdenken und die entsprechenden Handlungsoptionen vorbereiten.

Das ist die gemeinsame Aufgabe, der wir uns als Parlament zu stellen haben und die mit der Verabschiedung des heute zur Tagesordnung stehenden Dekretes ihren Anfang nimmt.

Karl-Heinz Lambertz